

Vereinbarkeit von Miliztätigkeit und Beruf fördern

Die Welt hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt: Sie ist heute globalisierter, dynamischer und schnelllebiger. Die Entwicklung hat vor der Schweiz nicht Halt gemacht. Die Zeiten, in denen ein Jugendlicher in einem Betrieb eine Lehre macht, fünfzig Jahre dort arbeitet und anschliessend in Rente geht, sind vorbei. Heute steht am Anfang die Berufslehre. Es folgt ein Studium an einer Fachhochschule kombiniert mit einem Auslandsemester in England. Im anschliessenden Berufsleben folgen dreimonatige Arbeitsaufenthalte in den USA und in Asien. Schliesslich in einer Führungsposition angelangt, reist man mehrmals im Jahr um den ganzen Globus, um Lieferanten, Kunden oder mögliche Partner zu treffen.

Das Problem: Das Milizprinzip funktioniert noch wie vor 100 Jahren

Demgegenüber präsentiert sich das Schweizer Milizsystem – speziell für die Exekutive auf Gemeindeebene – noch sehr traditionell. Die Gemeindeexekutive wohnt und arbeitet im Idealfall in der Gemeinde, sie trifft sich wöchentlich physisch zu Sitzungen und unterschreibt auf der Gemeindeverwaltung Rechnungen und Verträge.

Der Konflikt mit dem Berufsalltag ist vorprogrammiert: Eine Verpflichtung für eine vierjährige Legislatur mit periodischen Sitzungen ist der beruflichen Karriere oft ein Hindernis. Auslandsemester und Arbeitsaufenthalte im Ausland sind so nicht möglich. Da Auslandsreisen oft nicht planbar sind, wird im Zweifelsfall deswegen gleich ganz auf eine Kandidatur verzichtet. Ein Problem. Denn oft wären gerade solche Personen – meist Führungskräfte – perfekt geeignet für ein Exekutivamt. Das Unbefriedigendste an der ganzen Sache: Die physische Anwesenheit einmal pro Woche in der Gemeinde wäre gar nicht notwendig, um das Amt gewissenhaft ausüben zu können.

Die Lösung: Das Milizprinzip ins 21. Jahrhundert katapultieren

Die Lösung ist denkbar einfach: Exekutivämter auf Gemeindeebene müssen mit der heutigen globalisierten Arbeitswelt kompatibel sein. Konkret müssen hierfür zwei Massnahmen ergriffen werden.

Erstens sind elektronische Signaturen konsequent einzuführen. Dies erspart den wöchentlichen Gang auf die Gemeindeverwaltung. Rechnungen und Verträge können von zu Hause oder von überall in der Welt visiert werden.

Zweitens sollten Sitzungen nicht mehr zwingend vor Ort, sondern virtuell abgehalten werden. Sitzungen am frühen Abend sind so mit einem Vollzeitpensum besser vereinbar und auch Auslandsreisen sind kein Hindernis mehr.

Die Umsetzung: Hilfestellung bieten

Rechtlich lässt sich die Lösung bereits heute umsetzen. Woran es hapert, ist einerseits am Know-how in den Gemeinden und andererseits bedeutet Digitalisierung zuerst immer einen Mehraufwand. Entsprechend einfach muss es für die Gemeinden sein, die Massnahmen umzusetzen.

Hierbei könnten Gemeindeverband und Wirtschaftsverbände aktiv unterstützen und auf die Gemeinden zugehen. Online könnten entsprechende Hilfen und Anleitungen aufgeschaltet werden. Welche rechtlichen und betrieblichen Anpassungen sind notwendig? Was sind insbesondere auch die finanziellen Vorteile modernerer Arbeitsbedingungen? Finden die Gemeinden einfache Antworten auf diese Fragen und wird die Lösung aktiv propagiert, dann wird sie auch umgesetzt. Denn letzteres

ist zentral und ist nicht nur im Interesse der Gemeinden, sondern insbesondere der Wirtschaft und der Gesellschaft – denn von einem Milizsystem, in dem sich die Geeignetsten engagieren, profitieren wir alle.